

Saale-Beitung.

Stundfünftiger Jahrgang.

Nr. 89.

Halle, Donnerstag, den 22. Februar

1917.

Amerika unmittelbar vor dem Kriege?

Eine kriegerische Rede Danfings.

a. B. Fern, 21. Februar. Aus New York wird gemeldet: Der amerikanische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Danfing, hat im Verlauf einer Rede bei einem Bankett in Washington folgende Erklärung abgegeben:
„Es ist schwierig für uns, nicht zu sehen, daß wir unmittelbar vor dem Kriege stehen. Die amerikanische Regierung wünscht jetzt ebenso — wie immer seit Beginn des Krieges — den Frieden, und bemüht sich auch, mit der ganzen Welt in Frieden zu leben, solange es ihre Ehre gestattet. Die Stunde der ernstlichen und tiefen Überlegung ist gekommen. Jetzt, wo die nationale Ehre, die nationale Pflicht und die nationale Wohlfahrt auf dem Spiele stehen, muß man Kaltblütigkeit und Klarsicht zeigen, und man darf sich nicht von natürlichen Impulsen leiten lassen, die sich aus den großen Ereignissen ergeben. Das Land kann sicher sein, daß Wilson gerecht, ehrlich und furchtlos handeln wird, was auch die Zukunft bringen mag. Das Schicksal der Vereinigten Staaten befindet sich in seinen Händen in Eiderheit, die nationale Ehre steht nicht in Gefahr.“

Andere Nachrichten widersprechen der Auffassung, daß die Union zum Kriege geneigt sei. So meldet ein Telegramm:

a. B. Lugano, 21. Febr. Der Korrespondent der „Morning Post“ schreibt über die überaus heftige Lage Wilsons: Falls er die Ermächtigung zur Kriegserklärung verlangen sollte, würde sie das Parlament verweigern oder mindestens wäre vorher ein beratiger parlamentarischer Kampf nötig, daß das Land in eine für eine willkürliche Kriegserklärung einfach verhängnisvolle Verwirrung gestürzt würde. Die Ursache für Wilsons Zaubersprüche liegt aber auch in noch notwendigen militärischen Maßnahmen, ehe man überhaupt an Krieg denken könne. Auch der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ wagt vor übertriebenen Hoffnungen auf Wilson. Der Präsident zeige keinerlei Eile, mit Deutschland zu handeln. Die amerikanischen Senatoren wie Deputierten seien selbst für den Fall, daß Amerika in den Krieg hineingezogen würde, keinesfalls gekommen, mit der Entente gemeinsame Sache zu machen. Nichtmehr seien sie der Ansicht, daß in der Sache Amerika auf eigene Rechnung kämpfen und sich das Recht vorbehalten müsse, sofort vom Kriege abzustehen, sobald Deutschland sich verpflichtet, die Interessen Amerikas unbedingte zu respektieren.

Die geteilte Meinung des Kongresses.

T. U. New York, 21. Februar. Der Kongreß ist sehr geteilter Meinung über die Frage der Ausfertigung von Vollmachten. Wilson fürchtet ausgedehnte Debatten, so lange die Verlesung amerikanischer Rechte nicht klar zutage tritt.

T. U. Lugano, 21. Febr. Nach einer Washingtoner Drahtnachricht des „Corriere della Sera“ sucht Wilson nicht sofort eine unmittelbare Kräfte herauszufinden, da er sich zuerst vom Einfluß des Kongresses heilen wolle, in dem zahlreiche Pazifisten und Deutschlandfreunde vorhanden seien. Daher werde er die Forderung nach Generalvollmachten auf die letzten Tage der Session verschieben.

T. U. Amsterdam, 21. Febr. New Yorker Meldungen bestätigen, daß Präsident Wilson Ende dieser Woche den Kongreß um die Ermächtigung besonderer Befugnisse ersuchen wird. Ob diese dem Präsidenten tatsächlich verliehen werden, hängt von der besonderen Art der nachgelagerten Ermächtigung ab. In jedem Falle erwartet man eine lebhaftere Erörterung von mehrjähriger Dauer, da im Senat eine kleinere Anzahl von Mitgliedern gegen die Regierung und im Repräsentantenhaus eine ziemlich starke Oppositionspartei vorhanden ist, die die Politik des Präsidenten in sehr scharfer Weise mißbilligt und die Ansicht vertritt, daß jede Handlung des Präsidenten, die über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland hinausgeht, den Krieg bedeuten würde. Von dieser Partei ist eine sehr entschiedene Opposition zu erwarten, so daß man auf Heberforderungen gefaßt sein muß. Der Kongreß wird noch in dieser Woche den Gesetzentwurf erarbeiten, wonach Fremden in den Vereinigten Staaten zur Pflicht gemacht wird, den Behörden Namen und Beruf anzugeben und mitzutellen, ob sie sich naturalisieren lassen wollen. Des weiteren haben sie ihr Bild bei dem Postamt ihres Wohnortes abzugeben.

T. U. London, 21. Februar. Wie Reuters Bureau aus Washington meldet, habe bei den Debatten im Senat über Spionage ein Senator erklärt, daß augenblicklich etwa 100 000 Personen als Spione in den Vereinigten Staaten tätig seien.

Die Bewaffnung der Handelsdampfer.

Rotterdam, 20. Februar. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington: Maßregeln wurden getroffen, um 200 amerikanische Handelsdampfer zu bewaffnen. Ueber die Art der Bewaffnung verläuft nichts. Doch sollen Kanonen auf dem Vorder-, Hinter- und Mitteldeck aufgestellt und durch gewöhnliche Kanonen ersetzt werden.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 21. Februar. Amtlich wird veröffentlicht: Östlicher und jüdischer Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf an der süntaldischen Front war nachmittags wieder recht lebhaft. Nachts warf ein feindliches Luftfahrzeug auf unsere Kasernen und auf einige Ortschaften ohne jede Wirkung Bomben ab. Im Indurien-Abchnitt holte unser Fliegerabwehrfeuer ein italienisches Flugzeug östlich vom Monte Cadria herunter. Der Piloter ist tot, der Beobachter schwer verletzt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 21. Februar, abends. (Amtlich.) Auf den Kriegsschauplätzen keine wesentlichen Ereignisse.

Letzte Depeschen.

Die zurückgehaltenen Schiffe der Niederländer.

Gemisch von Nachmittagsnachrichten und Schikane.

WTB. Rotterdam, 20. Febr. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ beschäftigt sich im Leitartikel mit der Meldung des Wollfischen Bureaus über die englische Schiffsfahrtpolitik gegenüber den Neutralen. Ueber die englischen Maßregeln urteilt das Blatt, daß sie auf einem Gemisch von Recht, Macht und Schikane beruhen. Ein reicher Nachmittagsnachricht sei es, wenn England verlange, daß in englischen Häfen liegende besetzte neutrale Schiffe nicht abreisen dürfen, wenn sie nicht durch andere Schiffe derselben Nationalität ersetzt werden. Wenn es sich dabei um niederländische Schiffe handle, die widerrechtlich festgehalten wären, ehe noch die neuen deutschen Seerechtsbestimmungen in Kraft traten, so liege ein Gemisch von Machtmißbrauch und Schikane vor, in dem England versuche, seine Hand auf niederländischen Schiffsraum zu legen. Wenn die Meldung des Wollfischen Bureaus richtig ist, so habe sich England zu Praktiken, die einer Großmacht höchst unwürdig seien, verhalten lassen. Dies sei um so unerwünschter, als ein Neutertelegramm nach dem anderen veröffentliche, daß der deutsche Untersee-Krieg sehr wenig zu bedeuten habe. Wenn England jetzt 25 Fregatten, 25 holländische Schiffe, die beladen in englischen Häfen liegen, durch die von Deutschland verbundene Kriegsschiffe zu fassen, wo die „Cotmarium“ und „Trompenberg“ versenkt wurden, so sei das eine unbillige Forderung, die oben-dreien den unvertretbaren Tatsachen keine Rechnung trage.

Unfriede in Spanien.

WTB. Madrid, 21. Febr. (Zuspruch vom Vertreter des Miners R. E. Tel. Carr. Bur.) Die Arbeiter von Valencia haben beschlossen, die Sperrzone zu meiden und sobald als möglich den Schiffsverkehr mit den neutralen Ländern aufzunehmen. „Accion“ meldet, daß die Schiffseigner von Barcelona in ihrer Generalversammlung bei der Regierung gegen das Vorgehen einiger Reeder Einspruch erheben, die heutzutage, spanische Schiffe in das Sperrgebiet zu schicken und dadurch der Unterseebootgefahr auszuweichen.

Die Hungerpreise in Griechenland.

T. U. Spenhagen, 21. Februar. Die blockade in Griechenland macht sich immer mehr bemerkbar. Am Sonntag wurden 100 Gramm Brot pro Kopf verteilt, bis mittags war überhaupt nichts zu erhalten. An Reis und Gemüse scheint kein großer Mangel zu herrschen, es werde aber ein sehr hoher Preis gefordert. Die Zahl der Bettler hat sehr stark zugenommen.

Ueber 39 000 Tonnen versenkt.

WTB. Bern, 21. Februar. Die in der französischen Presse letzters und vorerzählte veröffentlichten amtlichen Berichte über Schiffversenkungen umfassen 38 223 Tonnen, wobei die in der Liste angeführten beiden Deutschland-Geleer „Nofes“ und „Dorothea“, der italienische Geleer „Ela“ und der englische Dampfer „Volo“ (350 Bt. Bt. C.) in diese Tonnenzahl nicht eingerechnet sind. Die französischen Behörden bestätigen, hinsichtlich weiterer amtliche Berichte über Kriegsschiffe herauszugeben und alle weiteren Meldungen zu unterdrücken. In den Tagesberichten wurden anscheinend nur Flugmeldungen aufgenommen.

WTB. London, 21. Februar. Der englische Geleer „Sexton“ (1828 Tonnen) wurde versenkt. (Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Wachsende Not.

Alle Versuche, die Lebensmittelproduktion zu steigern, gescheitert. Die kommende Misere

a. B. Kopenhagen, 21. Febr. Der Londoner Korrespondent der „Politiken“ teilegrammiert seinem Blatte, daß alle Bemühungen der Behörden, die Lebensmittelproduktion zu steigern, gescheitert sind. Die Weizenenergie werde in diesem Jahre noch hinter der Misere des vorigen Jahres zurückbleiben, da der strenge Winter den Saatensaat ungünstig beeinflusst habe. Als unmittelbare Folge dieser Verhältnisse ist bereits der Weizenverkaufspreis auf 10 Pf. Sterling, 10 Schilling pro Tonne erhöht worden.

T. U. Spenhagen, 21. Febr. Während der letzten Tage war in England ein solcher Mangel an Transportmitteln eine außerordentliche Kohlennot eingetreten. Die Rente hibernica hundertenlange Spalier vor den Kohlenböden, und der „Daily Telegraph“ gibt eine Idee von hochstehenden Personlichkeiten wieder, die sich mit ganz geringen Kohlenmengen begnügen mußten. Ein Marquis verschaffte sich Kohlen, indem er sein Automobil mit einer Kohlenladung besetzte, das dann im Triumph mit einigen Säcken Kohlen zurückkam.

E. K. Amsterdam, 21. Febr. Nach Meldungen aus Irland ist dort infolge des anhaltenden Kohlen- und Nahrungsmittelmangels die Unzufriedenheit der Bevölkerung so geiegen, daß Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte an der Tagesordnung sind.

T. U. Genf, 21. Februar. Daß die Seepreise enormste Kosten hat, kann nicht mehr länger verweigert werden. Alle Partier Blätter bringen seitentert über die Lage, die sich aus der „Grazie“ ergeben, was der „Deutschen“ im Mittel bezieht der „Matin“ aus der Feder des Departierten Gerat. Der Artikel gesteht, die offizielle Statistik über die Verluste sei trügerisch. Die Folgen der Torpedierungen seien äußerst empfindlich, weil die Raubboote nur wichtige Ladungen wie Kohle, Metalle, Munition und Lebensmittel versenken, das gegen unwichtige Ladungen und leere Schiffe verschonen. Dadurch würden wertvolle Torpedos zu besseren Zwecken eingesetzt. Frankreich müsse der Wahrheit ins Gesicht blicken. Die Handelsflotte schmilzt zusehends zusammen. Der Stillstand der Werften verhindert den Ersatz versenkter Schiffe; nur ein energetisches Aufstreifen und ein Hundert der Degradation könnte den übermühten Kanakbooten antworten. Hoffe verlangt im „Welt“ Parisien neben den bisherigen Hilfsmitteln die Ausgestaltung des Seefahrtsgewerbes, die tägliche Veränderung der Schiffsrouten, die Begleitung aller Handelsschiffe mit Kriegsschiffen und die Aussetzung hoher Prämien.

Die Wirtschaftsprobleme in der italienischen Kammer.

T. U. Lugano, 20. Febr. Zur Kammereröffnung teilt „Giornale d'Italia“ mit, es würden im ganzen etwa nur 25 Sitzungen stattfinden, die wesentlich wirtschaftlichen Fragen gewidmet werden sollen. Die Regierung werde vor allem über die Organisation und Tätigkeit der verschiedenen Kommissionen berichten. Die agrarische Gruppe der Kammer, die aus 18 Abgeordneten besteht, hat einen Antrag eingebracht, der die bessere Verpflegung des flachen Landes mit Arbeitskräften und entsprechenden strengen Anordnungen an die Militärbehörde fordert.

Die Entente verweigert ihre Schiffsverluste.

T. U. Rotterdam, 21. Febr. Auf die Frage des Wollfisch, ob gewisse abgängige englische Schiffe als Opfer der U-Boote zu betrachten wären, antwortete Mac Namara im Unterhaus, daß es von der Regierung unpolitisch wäre, mitzuteilen, wieviel und wo Schiffe versenkt werden, da solche Berichte dem Feinde nützlich wären. Der Minister meinte, daß nur Reeder und Lloyd von Versenkungen vertraulich benachrichtigt werden. Weitere Unsinnigkeiten über Versenkungen verweigerte Mac Namara hartnäckig.

Versenkte russische Schiffe.

a. B. Basel, 20. Febr. Die „Petersburger Börsenzeitung“ meldet aus Verdangelsk: Seit dem 1. Februar sind fünf russische Schiffe mit zusammen 10 000 Tonnen versenkt worden; drei weitere sind überfällig.

Ministerrat unter Vorhug des Zaren.

E. K. Stockholm, 21. Februar. „Birchewija Wjedomosti“ berichtet aus Petersburg, daß dort ein wichtiger Ministerrat unter Teilnahme aller Minister und des neuen Londoner Botschafters Sajanow stattgefunden hat. Den Vorsitz führte der Zar selbst. Unter anderem wurde das Verhältnis zwischen Regierung und Duma in ausführlicher Weise besprochen.

Große Lebensmittelteilung in Petersburg.

E. K. Stockholm, 20. Februar. Wie die „Petersburger Börsenzeitung“ meldet, ist die Lebensmittelnot in Russland auf



teiler als absolut hohe Preise. Der Gehalt der Verarbeitung der Schlachtpreise ist angeht die fehlenden Ritzmittel nabelingend, dem Rest aber die Vergrößerung der Ritz-, Milch- und Düngermenge gegenüber. Er müßte dem Ritzgeordnungsamt gegenüber auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung des Programms der Ritz-, Milch- und Düngerverzögerung hinweisen. Der Landwirtschaft müssen zum Ausdruck die nötigen Folgen ausgeführt werden. Es ist fraglich, ob entsprechende Anweisungen erteilt, es sei auch die höchste Zeit gewesen. Mit der Möglichkeit einer Ergänzung der Kartoffeln durch Hülsen ist auch im nächsten Jahr zu rechnen. Die Kartoffelverzögerung durch eine Zentralfeste ist unmöglich. Im Oktober, November 1916 wurden 700 000 Tonnen Kartoffeln mehr verbraucht als 1915.

Besser teure Kartoffeln als gar keine!

Vom Augenblick der öffentlichen Bewirtschaftung an seien die Uebel größer geworden. Unter richtige Bekämpfung werden die Ritzwirtschaften insstande sein, festzustellen, was die Bedürfnisse sind und was die Landwirte leisten können. Alle Straßeneinrichtungen können niemand im Kopfe behalten, auch der kleine Landwirt nicht. Er der Winters, habe immer den Landwirten eingekauft, sich bemüht zu sein, daß sie im nationalen Interesse tätig sein müssen. Er würde sich durch einzelne Maßnahmen sei nicht aus Liebe zum größeren Verdienst der Landwirtschaft erfolgt, sondern aus dem Willen zu helfen und zu helfen. Die Anbaufläche der Zuckerrüben würde im nächsten Jahre gegen 1915 sich um 20 Prozent verringern. Deshalb sei eine Erhöhung des Rübenpreises um 50 Prozent erdormenwert. Die Stoffproduktion werde durch sein Ministerium sehr gefördert. Das Strohgeschäft befindet sich nicht sehr hoffnungsvoll, dagegen verpönde ein neues Verfahren bessere Ergebnisse. Beurlaubung der landwirtschaftlichen Arbeiter habe er dringend gefordert; die Not sei sehr groß, Hundstautende heften; trotzdem

758 000 Kriegsgefangene beschäftigt

würden, seien mehrere Beurlaubungen notwendig, um die frühjahrliche Bestellung ausreichen zu ermöglichen. Die Bekreibungen auf Abbruch von Lieferungsverträgen zwischen Stadt und Land fähre er. Der Anbau der Desfruchte habe sich gehoben. Leiber habe der Kriegsausbruch bei der Rückgabe der Desfruchte verfest. In Ostpreußen seien die Desfruchte noch nicht abgenommen.

Nachdem noch ein Regierungsvertreter Mitteilungen über den Stand der Lieferungen gemacht hatte, wurde die Weiterberatung verziagt.

Deutsches Reich.

Der Reichstag.

T. U. Berlin, 20. Febr. In Reichstagskreisen sieht man der ersten Sitzung mit größter Spannung entgegen, da man annimmt, daß der Reichsanwalt bereits an diesem Tage über die augenfällige Lage sprechen wird. Es steht aber noch keineswegs fest, daß dies bereits am Donnerstag geschehen werde. Es ist vielmehr angeht die der um unerwarteten Lage sehr leicht möglich, daß der leitende Staatsmann erst im Laufe der nächsten Woche im Reichstag das Wort nehmen wird. Dagegen steht es fest, daß der Staatssekretär im Reichsamt Graf von Roeder in der Sitzung am Freitag den Reichshaushaltsplan nach den neuen Steuererleichterungen mit einer längeren Einleitungsrede einbringen wird.

T. U. Berlin, 20. Febr. Wie der „Deutsche Jurist“ hört, fanden in den letzten Tagen Konferenzen der Staatssekretäre Dr. Helfferich und Graf Roeder mit Parlamentariern statt, die sich im wesentlichen mit der vorausfristigen Geschäftsliste des Reichstages befaßten. Erörterungen größerer außerpolitischer Fragen dürften, wie verlautet, im Reichstag zunächst nicht zu erwarten sein, sondern, falls sich ihre Beratung als notwendig erweisen sollte, zunächst in den Budgetkommissionen behandelt werden.

Ein Nachspiel zur Schorlemer-Krise.

T. U. Berlin, 20. Febr. In politischen Kreisen wird erzählt, daß die jetzt überwindene Schorlemer-Krise ein gewisses Nachspiel haben soll. Der Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium Graf Raperlag soll aus diesem Ministerium ausscheiden und eine andere Verwendung erhalten.

Eine sozialdemokratische Kundgebung gegen die Machenschaften der Opposition.

Berlin, 21. Februar. Der Provinzialvorstand der sozialdemokratischen Partei für die Provinz Hannover zerstreute am 8. Februar auf das Schärfe die Machenschaften der oppositionellen Gruppe, deren Erfolg die Zerrüttung der einheitlichen Organisation zum Schaden der Arbeiterklasse sein würde.

Die Landtagswahl im 11. Berliner Wahlkreis.

a. B. Berlin, 21. Febr. Die Wahlbeteiligung bei der heutigen Erklarung im 11. Berliner Landtagswahlkreis, den bisher die Lieber hat, war früh in der ersten Abteilung sehr schwach. Pünktlich um 12 Uhr wurde dieser Wahlakt geschlossen. Um 1 Uhr begann der zweite Akt mit der Wahl in der ersten Abteilung.

Der Abgeordnete für Diechtow.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Abgeordnetenhauses beschloß sich mit der Frage, ob durch die Ernennung des im Wahlkreise Diechtow-Bezirk gewählten Abgeordneten Henkel (Konf.) vom Wähler zum Superintendenten das Mandat erloscht sei. Der Ausschuss beschloß, dem Plenum zu empfehlen, das Mandat als nicht erloschen anzusehen.

Ausland.

Der neue ungarische Landesverordnungsminister bei Kaiser Karl.

WTB. Wien, 20. Februar. Der Kaiser beidigte heute neuernannten ungarischen Landesverordnungsminister Feldmarschall Alexander Szygma.

Halle und Umgebung.

Halle den 22. Februar 1917.

Anfuhrerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Halle, 21. Februar.

Am Vorabendlich die Herren Julitzkat Dr. Keil Julitzkat Dr. Föhring und Eisenbahnoberbetreuer Rechnungsrat Bor der.

Eingegangen ist eine Eingabe des Hallischen Bürgervereins, der anregt, die Schulhöfe zur Kanalisation zu freigegeben und bei den Schulkindern im Unterricht Verbands und Interesse für die Kanalisation zu wecken. Da der Magistrat die gleiche Eingabe erhalten hat, wird die Beileitung auf zwei Wochen in die Tagesordnung ein.

1. Ueber die Gründung einer

Altkleiderverwertungsfeste

erläßt Herr St. F. i n g e r als Referent. Neben- und Wir- waren sind knapp. Wir müssen damit rechnen, daß dieser Zustand noch zwei bis drei Jahre nach Friedensschluß anhält. Auch daran ist zu denken, daß unsere Feldarbeiter, wenn sie aus dem Kriege zurückkehren, sich mit Zivilkleidern versehen können. Aus solchen Erwägungen heraus sind die Bezugslosgemeinschaften eingeführt, und aus den gleichen Gesichtspunkten soll auch die Verwertung der alten Kleider, Stoffen usw. geregelt werden. Bei der Einführung der Bezugslosgemeinschaften ist auch sonst beachtet, daß die Erhaltung des Bezuges den Wunsch nach Textilwaren um so reger macht. Mäntel, der sich früher mit einem Festtags- und einem Alltagsanzug besahen hat, füllte plötzlich das Begehren, darüber hinaus für festliche Tage im Winter und im Sommer noch je einen Anzug zu besitzen. Man hat gefast, die Angst vorm Hunger habe eine neue Krankheit geschaffen, nämlich den Anhangern. Deshalb könnte man jetzt sagen, die Einführung der Bezugslosgemeinschaften für Stoffe habe bei manchen Menschen eine „Stoffschwellenkrankheit“

erzeugt. Auch hinsichtlich des Bezuges von alten Kleidern ist unangenehm, daß die Altkleiderverwertungen bald ausverkauft werden, wenn da nicht eingegriffen würde. Der Magistrat ist nun zu dem Beschluß gekommen, die Regelung des Altkleiderbezuges nicht im eigenen Betriebe durchzuführen, sondern sich einer anderen Stelle zu bedienen, einer mit Fachkenntnis zu behandelnden Gesellschaft, an der er sich durch Uebernahme eines Kredits von 150 000 M. beteiligen und zwei Stellen im Anstifter für sich in Anspruch nimmt. Die Mitglieder, die das Protokoll werden, da sie je ihre Betriebe einliehen müssen, sollen bei dieser Gesellschaft untergebracht werden. Bei der geplanten Zentralfeste werden die ausgemachten abgetragenen Kleider abgegeben oder man läßt sie abholen, beidete Schätze übernehmen sie und stellen den Preis fest, der sowohl für die Anlaufstelle wie für den Verkauf verbindlich ist. Die Kleider kommen in die Desinfektionsanstalt; danach werden sie auf ihre Brauchbarkeit geprüft und für den Verkauf bereitgestellt. Ich glaube, das Kind, das wir jetzt aus der Taufe heben wollen, wird sich kräftig und gewöhnlich entwickeln, so daß wir unsere Freude daran haben werden. (Sturm bei der Verhandlung über den Sachverhalt, wie dafür keine Elemente zu befragen.) Die Gesellschaft be- kommt lediglich eine jährliche Vergütung von 5 Prozent. Einmal event. Kapitalverlust, wenn er sich trotz ordnungsmäßiger Betriebe ergeben sollte, trägt der Magistrat, aber die Stadt erhält auch den event. Mehrertrag.

Herr St. E m m e r: Man kann allerdings Bedenken bei dieser Veranordnung haben. Ich fürchte, es wird nach der Gründung jener Stelle keine alten Kleider für die ärmere Bevölkerung mehr geben, und wenn wirklich noch welche zu haben sind, werden die Preise stark verteuert sein. Denn die Altkleider werden ja nun Beamte, die kein Interesse an einer möglichst herabgesetzten Verwertung der Sachen haben. Wer wird denn an die Zentralfeste noch Kleider bringen wollen? Es handelt sich wieder mal um eine Verordnung zum grünen Tisch. Ebenso versteht sie seinerzeit die Einführung der Bezugslosgemeinschaften. Waschen können wir natürlich nichts dagegen, denn da wird von oben herab betrieuert.

Herr St. F i n g e r: Herr Emmert ist doch sonst seinem politischen Programm nach für Kommunalkredit. Ihm und seinen Freunden gegenüber hat unser Herr Oberbürgermeister schon oft den Standpunkt vertreten müssen, daß Privatwirtschaft besser ist als Kommunalkredit. Hier soll die Kommune ja gar nicht eintreten, sondern der Handel wird in lauter Kaufleuten bestehen und nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden. Warum durch die Ausschaltung der Altkleider als selbständige Geschäftsleute die Kleider teurer werden sollen, sehe ich nicht ein.

Herr St. E m m e r: Wenn wir Sozialdemokraten die Kommunalkredit durchführen könnten, würden wir anders vorgehen. Vom grünen Tisch aus ist viel gefährlich. Die- selbe Nahrungsmittel hat man verkaufen lassen und dabei hungerte die Bevölkerung.

Herr Oberbürgermeister Dr. K i v e: Herr St. Emmert hat seinen ausgesprochen, daß die öffentlichen Verwaltungen stellen Lebensmittel haben verkaufen lassen, während das Volk hungern mußte. Ich bitte ihn, positive Angaben zu machen, wo und wann das geschehen ist.

Herr St. W e s t e, Referent des Haushaltungsausschusses, verteidigt die Magistratsvorlage. Der vom Magistrat gewählte Weg, Kaufleute und Nichtbeamte die Sache regeln zu lassen, ist der richtige.

Herr St. E m m e r: Am Sommer und Herbst sind Frühkartoffeln verkauft und jetzt hat man die angeforderten Kohlrüben nach den Trockenfabriken gefahren, wo die Wagen zu Hunderten stehen, so daß die Rüben aufstauen und verderben, während wir in Halle keine Kohlrüben haben und sie von dort erst herbeiführen müßten.

Herr Oberbürgermeister Dr. K i v e: Herr Emmert will anscheinend damit sagen, daß nur außerhalb Halles solche Dinge vorgekommen sind. Da mögen besondere Umstände vorgelegen haben, denn auch im Frieden kommen bei starkem Frost Verluste an Kartoffeln und Rüben vor. Aus den Worten des Herrn Emmert klingt aber zuerst heraus, als sei durch die Unachtsamkeit oder durch mangelnden guten Willen irgend welcher bedürftigen Zünftigen Verlust an Nahrungsmitteln entstanden.

Herr St. E m m e r: Ich erkenne an, daß die Herren, die in Halle bei der Lebensmittelverzögerung tätig sind, das es die Angelegenheit, die die Verzögerung mit sich bringt, auszuführen zu gestalten. Ich bin aber fast sicher, es daß vor den Trockenfabriken Hunderte von Wagen mit angeforderten Kohlrüben stehen, die nicht ab-

gefertigt werden können. Und wenn die Kohlrüben aufstauen, dann verderben sie. Wir müssen das Zeug erst nach Halle befördern, weil wir es brauchen.

Herr St. F i n g e r: Wir sind natürlich für weitgehende Kommunalkredit, alle Lebensmittel und alle Bedürfnisse des Lebens möchten wir Sozialdemokraten zum Gemeinwohl des Volkes machen. Aber wenn etwas verfest dabei gemacht wird, dann über wir mit Recht ärgern. In unseren Grundfragen im Standpunkte wird jedoch nichts geändert. Mit der gegenwärtigen Vorlage erkläre ich mich jedoch einverstanden. Wir erscheint es sehr fraglich, ob die Kleider durch die Zentralfeste verteuert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. K i v e: Ich stelle fest, daß Herr Emmert seine Person in Halle mit seiner Kritik treffen wollte, überhaupt keine Verbindungen, die das hallische Stadtgebiet angeht, und daß er aus den Stellen, auf die er Bezugslosgemeinschaften selbstbestimmt, Verbindungen hat nachfragen wollen.

Herr St. K i v e: Die Garantienahme, mit der die Stadt der Gesellschaft beiteilen soll, ist mir zu hoch, ich beantrage, ihr nur einen Kredit von 100 000 M. zu gewähren. Bei der Abstimung wird die Magistratsvorlage unverändert angenommen.

Die wichtigsten Paragraphen sind: Die Stadtgemeinde Halle überträgt der A. R. B. St. Halle, G. m. b. H. die Durchführung der Stadtgemeinde Halle durch Befähigung vom 23. Dezember 1916 auferlegten Aufgaben hinsichtlich des Erwerbes der Verarbeitung und Veräußerung tragbarer Kleidungs- und Bekleidungsstücke, sowie Schuhwaren. Die A. R. B. St. übernimmt die Durchführung der in § 1 genannten Aufgaben unter Aufsicht der Stadtgemeinde Halle. Weitere entfallen zu diesem Zweck zwei Vertreter in den Aufsichtsrat der A. R. B. St.

Die Stadtgemeinde stellt der A. R. B. St. zur Durchführung der von ihr gemäß § 1 übernommenen Aufgabe einen Kredit in Höhe bis zu 150 000 Mark zur Verfügung. Die A. R. B. St. untersteht sich folgenden Pflichten, 1. Sie mietet die erforderlichen Räume und richtet sie in geteilter Weise für die Annahme, Verwaltung, Aufbewahrung und den Verkauf der Waren ein; 2. Sie stellt das Personal an, welches für die Erzielung der kaufmännischen Zielsetzungen, für den Schutzbetrieb, die Beschaffung des Lagers, die technische Verwaltung und den Verkauf notwendig ist. Sie leistet hierzu die dafür zu zahlenden Gehälter und Löhne fest; 3. Sie stellt die Verkaufspreise für die Annahme, Verwaltung, Aufbewahrung und den Verkauf der Waren ein; 4. Sie stellt das Personal an, welches für die Erzielung der kaufmännischen Zielsetzungen, für den Schutzbetrieb, die Beschaffung des Lagers, die technische Verwaltung und den Verkauf notwendig ist. Sie leistet hierzu die dafür zu zahlenden Gehälter und Löhne fest; 5. Sie stellt die Verkaufspreise für die Annahme, Verwaltung, Aufbewahrung und den Verkauf der Waren ein; 6. Sie erfüllt vierteljährlich der Stadtgemeinde einen Geschäftsbericht, aus dem die geplanten Geschäftsumsätze, Umsätze, Wertungen usw. ersichtlich sind.

Die A. R. B. St. übernimmt die Ausgabe der Annahmehescheinungen, welche für Ausstellung der Bezugslosgemeinschaften, gegen Annahmehescheinungen vorgeschrieben sind, und die genaue Durchführung der übrigen in der Bekanntmachung vom 10. Juni/23. Dezember 1916 über die Regelung des Bezugslosgemeinschaften, Verwaltung, Aufbewahrung und den Verkauf der Waren ein; 7. Sie erfüllt vierteljährlich der Stadtgemeinde einen Geschäftsbericht, aus dem die geplanten Geschäftsumsätze, Umsätze, Wertungen usw. ersichtlich sind.

Die A. R. B. St. übernimmt die Leitung und Durchführung der Geschäfts- und Verwaltungs- oder Gewinna- oder Gewinnbeteiligung. Der Magistrat garantiert den Gesellschaften lediglich eine Vergütung ihrer eingesetzten Kapitals von 5 Prozent jährlich und löst sie vor dem Kapitalverlust, wenn sich ein solcher trotz ordnungsmäßigen Betriebes des Unternehmens nach ergeben sollte.

Die A. R. B. St. Eng e l s B o g e l hat der Stadtgemeinde Halle 2 3000 M. für die Kriegshinterbliebenenfürsorge gespendet. Die Verammlung nimmt die Spende mit Dank an. (Ref. Herr St. K a n d h o w s k i.)

3. Herr St. H o f f m a n n referiert über das Gesuch der Opernchormitglieder des Stadttheaters um Erhöhung der Sommergehälter. Es wird gebeten, die Sommergehälter von 60 auf 90 M. zu erhöhen. Die Stadtverordneten können aber das nicht ohne weiteres beschließen, denn es müßte erst der Vertrag mit Herrn Direktor S a j e geändert werden, es sei denn, die Stadt bewillige die Zulagen aus ihrem Säckel. Es lege übrigens zu berücksichtigen, daß, wenn man diese Gruppe von Mitgliedern des Stadttheaters heranzieht, auch die anderen Theaterangehörten mit gleichen Wünschen kämen, insfolgedessen hat der Theatersauschuss beschlossen, die Eingabe dem Magistrat als Material zu überreichen.

4. Der Magistrat beantragt Entlassung der Kammerei-Rechnung für 1913 und Feststellung; Verwertung nach dem Etat einfl. Reize: 14 345 474,15 M., Ein- und Ausgabe-Reize 142 439,20 M., 1914-Ausgabe 13 672 302,82 M., Ausgabe-Reize 453 120,00 M., Ueberführung 673 171,33 M., Ausgabe-Reize mehr als Einnahme-Reize 310 680,89 M. Außerordentliche Kammerei-Verwaltung: 1913-Einnahme 29 236,30 M., 1914-Einnahme 4 458 938,78 M., 1914-Ausgabe 23 300,00 M., Ausgabe-Reize 8 101 276,50 M., Vorhang 95 623,50 M., Ausgabe-Reize mehr als Einnahme-Reize 3 877 336,30 M. Die Entlassung wird erteilt. (Ref. Herr St. G e o r g.)

5. Die Rechnung der von Ritterlichen Stiftung für 1915 wird entlastet. (Ref. Herr St. K e i l i n g.)

6. Desgleichen die Rechnung der Theodor Schmidt-Stiftung für das Rechnungsjahr 1914. (Derselbe Referent.)

Eierne Kreuz.

Für Ausübung wichtiger Befehle nach vorn in die Feuerleitung erhielt der Gefreite Artur B i e l e r von hier, Burgr. 14, das Eiserne Kreuz.

Bestrafung.

Der Stenograph in einem Feldart.-Reg. Hans F a r m a n n und Robert S a r m a l d wurden zu Reutnants befohrt.

Der Säuber ist auf den Feldern der Umgebung größtenteils schon gesäet; er bringt den Blauen die so nötige Winterweide. Die 22. ostpreussische Feldverteilung der Landwirtschaft. Am 22. Febr. 1917. Der Provinz-Sachverwalter für den 7. März in Auftrag genommen worden.

Wer sich für den Luftschutz interessiert - und das dürfte wohl bei jedermann der Fall sein - wird beim Vortragsabend des Flottenbundes Deutscher Frauen am Montag, den 26. Febr., abends 8 1/2 Uhr im Auditorium maximum viel Neues erfahren können. Wer letzterzeit den U-Boot-Vortrag beabsichtigt hat, wird sich erinnern, daß Herr Weber-Kobine, Oberleutnant d. R. d., der auch diesmal wieder am Abend erscheint, im hohen Grade die Luft und Technik des neuen Vortrags beherzigt. Am bevorstehenden Vortragsabend wird er ebenfalls aus eigener Wahrnehmung und Erfahrungen berichten, denn er war 1914 und 1915 als Leiter eines im Dienste der Luftstreitkräfte stehenden Formation beim Oberkommando der 3. Armee im Westen tätig. Nach der vorstehenden Erklärung wird auch dieser Vortrag äußerst lehrreich sein, weshalb rechtzeitige Befolgung von Eintrittslisten empfohlen wird.

